

Kinderspital bleibt eingegliedert

Zentralschweiz Die Regierung machte schon im Dezember klar: Sie sieht keinen Nutzen darin, das Kinderspital Zentralschweiz rechtlich vom Luzerner Kantons-spital (Luks) abzukoppeln. Dieser Meinung folgte am Dienstag die Mehrheit des Kantonsrats mit 86 zu 25 Stimmen. Nur seine eigene Fraktion unterstützte den Vor-schlag von Bernhard Steiner (SVP, Entlebuch), mit dem er sich schnellere Entscheidungen, hö-here Effizienz und dank finan-zieller Unabhängigkeit «gezielte-re Investitionen» erhoffte. Argu-mente, die für die anderen nicht griffen. Sie sahen in einer Ver-selbstständigung des Kinderspitals keinen Mehrwert – das «Ki-spi» profitiere von der Einbet-tung ins Luks, weil es Synergien und Infrastruktur nutzen könne. Anklang fand dafür die Idee interkantonalen Finanzierung.

Die Behandlung auswärtiger Kinder subventioniert heute nämlich Luzern. Künftig will die Regierung die Kooperation mit den Nachbarkantonen vertie-fen. Sie strebt bei den ungedeck-ten Kosten des Kinderspitals, welche die öffentliche Hand ab-gilt, eine finanzielle Beteiligung an. Die Frage nach einer ge-meinsamen Trägerschaft soll in Gesprächen mit den anderen Zentralschweizer Kantonen the-matisiert werden.

Mitte-Regierungsrätin Mi-chaela Tschuor sagte, die Zentralschweizer Gesundheits-direktorenkonferenz wolle «in-terkantonal näher zusammen-rutschen». Eine externe Analyse soll bis Ende Jahr konkrete Mö-glichkeiten aufzeigen – auch was die Zusammenarbeit beim Kin-derspital angeht. (lf)

Uni erhält nicht mehr Geld

Die Bürgerlichen sehen von einer stärkeren Unterstützung für die unter Spardruck stehende Universität Luzern ab.

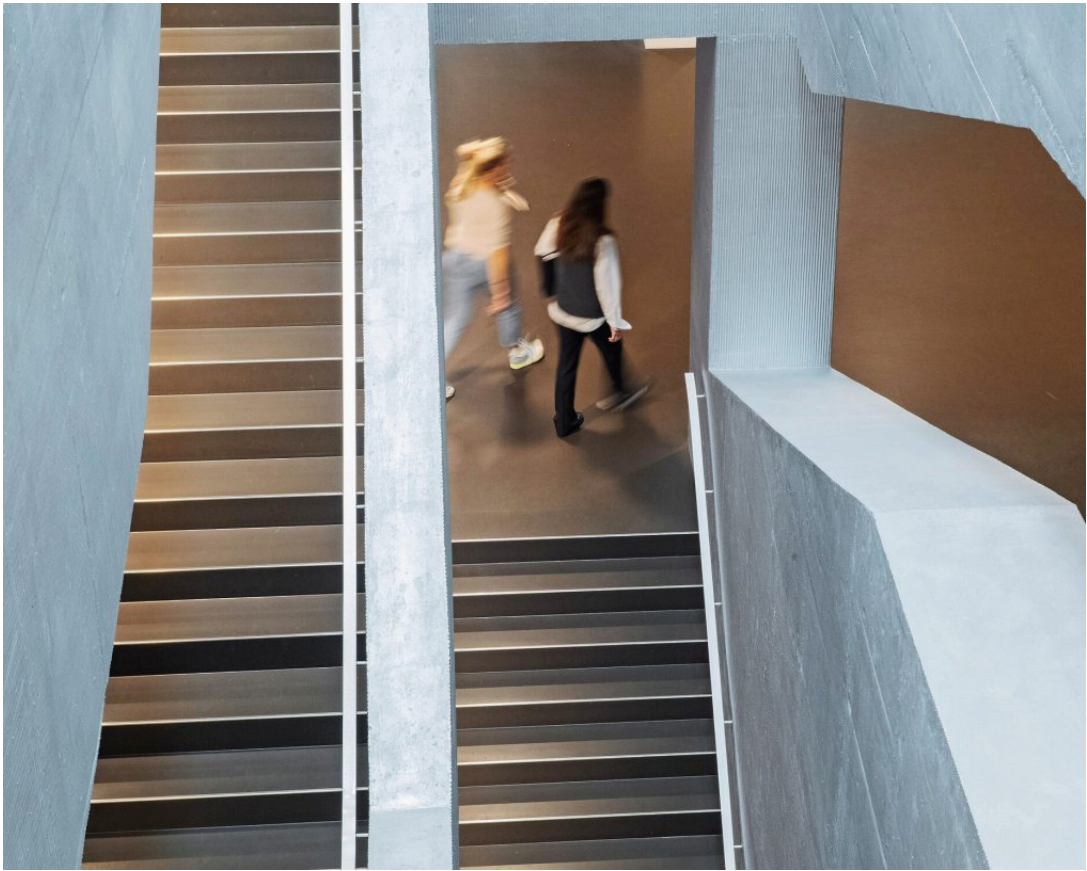
Livia Fischer

Die Universität Luzern schnürte im Herbst ein 2-Millionen-Spar-paket und stellt in diesem Zuge noch dieses Jahr die angeblich schlecht besuchten Fächer Wis-senschaftsforschung und Reli-gionswissenschaft ein. Dafür hagelte es Kritik – und Kantons-rätin Andrea Pfäffli (SP, Luzern) forderte, dass die Regierung zeitnah prüft, wie sie die abzu-schaffenden Fachbereiche, ins-besondere die Religionswissen-schaft, retten kann. Laut Exeku-tive wären für den Erhalt jährlich total 600'000 Franken zusätzlich nötig. Geld, das sie nicht ausgeben will.

Pfäffli liess nicht locker und hielt an der Märzsession an ihrer Forderung fest. SP und Grüne betonten abermals, dass die Re-ligionswissenschaften relevant seien und einen wichtigen Bei-trag zum Verständnis der Reli-gion in der Gesellschaft leiste-ten – gerade in Zeiten wie die-sen, «in denen religiöse Fragen weltweit an Bedeutung gewin-nen». Doch das Gros des Parla-ments stellte sich am Dienstag hinter die Regierung.

«Hier liegt der blinde Fleck»

Da konnte auch Claudia Senn-Marty (GLP, Meggen) nichts ausrichten, die um einen Kom-promiss bemüht war. Dass der Kanton punktuell einzelne Fä-cher mittels Sonderbeiträgen retten soll, sah sie zwar ebenfalls nicht ein. «Aber das Postulat



Die Nachfrage nach den Fächern Wissenschaftsforschung und Religionswissenschaft an der Uni Luzern ist gering. Bild: Boris Bürgisser (Luzern, 16. 9. 2024)

nennt zwei Massnahmen, wo-nach auch eine höhere Grundfi-nanzierung geprüft werden soll. Auf diesen Punkt ging die Re-gierung in ihrer Antwort kaum ein – und genau hier liegt der entscheidende blinde Fleck.»

Der aktuelle Spardruck sei nämlich «nicht vom Himmel ge-fallen», sondern hänge mit dem vergleichsweise tiefen Träger-schaftsbeitrag zusammen. In

diesem Jahr beträgt er 16,6 Mil-lionen Franken. «Das Budget der Uni Luzern ist stärker auf die Stu-dierenden abgestützt als andern-orts.» Das habe den Kanton lan-ge entlastet, aber nun stelle sich die Frage, ob man das Finanze-rungsmodell anpassen müsse.

Georg Dubach (FDP, Trien-gen) intervenierte: «Es ist nicht die Aufgabe des Kantons, mit höheren finanziellen Beiträgen

Strukturen zu erhalten, die die Uni selbst nicht mehr priori-siert.» Gerade eine kleine Uni-versität, wie Luzern es sei, müs-se Schwerpunkte setzen. «Fehlt die Nachfrage, braucht es die Freiheit, die Mittel in zukunfts-starke Bereiche umzuschichten und den Standort als Ganzes zu stärken.» Kein Anklang fand Senn-Martys Kompromiss auch bei Mitte und SVP. Letztlich

scheiterte er mit 75 zu 38 Stim-men an den Bürgerlichen.

Mehr Geld würde Entscheid nicht ändern

Vor der Abstimmung stellte Bil-dungsdirektor Armin Hartmann klar: «In der Vergangenheit war der Kanton Luzern schlicht nicht in der Lage, die gleiche Finanzierung zu leisten, wie es sie in anderen Gebieten der Schweiz gibt – und trotzdem hat es funktioniert.» Der SVP-Re-gierungsrat betonte denn auch, dass die Grundfinanzierung auch jetzt schon immer wieder überprüft werde. Er ist aber überzeugt: «Selbst wenn die Uni mehr Geld bekäme, würde sie dieses nicht in die Religionswis-senschaften investieren, son-dern in jene Bereiche, wo sie die beste Entwicklung sieht.» Kon-kret in die neuen Fakultäten wie die Gesundheitswissenschaften und Medizin oder die Fakultät für Verhaltenswissenschaften und Psychologie.

Die Uni habe seiner Meinung nach darum gute Entschei-dungen getroffen. «Dass sie schmerzhaft sind, ist klar. Aber es ist für die Uni noch immer bes-ser, wenn sie Handlungsspielräu-me zurückgewinnt, ihr struktu-relles Defizit beseitigt und wie-der positiv in die Zukunft gehen kann.» Und an die Adresse jener, die sich so für die Religionswis-senschaften einsetzten, sagte er: «Wenn das Fach für Sie so wic-tig ist, kann ich Sie beruhigen: Das existiert auch an anderen Orten in der Schweiz.»

Nach WAS-Affäre: So rechtfertigt sich Michaela Tschuor

Wann hat die Gesundheitsdirektorin von welchen Vorwürfen an den obersten Chef des WAS gewusst? Und wann hat sie wie gehandelt?

Lukas Nussbaumer

Die Chropfleerete des Luzerner Kantonsrats zur WAS-Affäre dauerte am Dienstagmorgen lediglich eine halbe Stunde. In dieser kurzen Zeit meldeten sich elf Rednerinnen und Redner. Grund waren zwei dringliche Vorstösse von Marcel Budmiger (SP, Lu-zerne) und Heidi Scherer (FDP, Meggen). Fast gleich lang sprach dann die zuvor teils harsch kriti-

sierte Gesundheits- und Sozial-direktorin Michaela Tschuor. Sie zeigte auf, wann sie von den Vor-würfen an Guido Graf, den Ende Februar nach sieben Amtsjahren abrupt zurückgetretenen Verwal-tungsratspräsidenten des Sozial-versicherungszentrums Wirt-schaft Arbeit Soziales (WAS), ge-wusst hat – und wann sie wie reagiert hat.

Dass Graf, der Vorgänger von Tschuor als Gesundheits-

und Sozialdirektor, von seinem Posten als WAS-Verwaltungs-ratspräsident zurücktrat, hat mit Vorwürfen an ihn wegen zu viel bezogener Spesen und sich sel-ber zugeschanzten Aufträgen zu tun. Es ging um Ungereimthei-ten, die von unserer Zeitung An-fang März aufgedeckt wurden. Auch Grafs Führungsstil als oberster strategischer Chef der ausgelagerten Organisations-einheit des Kantons wurde von

früheren Verwaltungsratsmit-gliedern wie der heutigen SP-Präsidentin Pia Engler in unse-rer Zeitung kritisiert.

Aufsicht «mangelhaft wahrgenommen»

Um die gegen kantonales Be-soldungsrecht verstossenden Spesenbezüge und sich selber erteilte und visierte operative Aufträge des WAS-Verwal-tungsratspräsidenten ging es am Dienstagmorgen aber nur am Rande. Hauptthemen wa-ren die Rolle der Regierung als Oberaufsichtsbehörde des WAS und die Schlüsse, die aus der Affäre zu ziehen sind.

Für SP-Vertreter Marcel Budmiger, der mit der Antwort der Regierung auf seine Anfrage nicht zufrieden war, ist klar: Die Regierung hat ihre Aufsicht «mangelhaft wahrgenommen», und die politische Führung des WAS hat «gefehlt». Ausserdem sei die Aufsichts- und Kontroll-kommission des Kantonsrats ein Jahr lang nicht über die Zu-stände im WAS-Verwaltungsrat informiert worden. Sein Frak-tionskollege Simon Roth wurde ebenso deutlich: «Es ist offen-sichtlich, dass die Oberaufsicht der Regierung nicht so funk-tioniert, wie sie sollte.»

Heidi Scherer als Verfasserin der zweiten dringlichen Anfrage zeigte sich etwas versöhnlicher und gab sich mit der Stellung-nahme der Exekutive teilweise zufrieden. Sie zog folgenden Schluss: «Je mehr ausgelagerte Einheiten der Kanton hat, desto wichtiger ist ihre Kontrolle.» Dieser Ansicht war auch Jasmin Ursprung (SVP, Udligenswil) – und sie forderte etwas, das an-dere Rednerinnen und Redner ebenfalls verlangten: vollstän-dige Transparenz über die Bezüge der WAS-Verwaltungsratsmit-glieder und jener Personen, die in der WAS-Immobilien-Toch-tergesellschaft im Verwaltungs-rat wirken.

Tschuor: «Regierung ist nicht fehlerfrei»

Gesundheits- und Sozialdirek-torin Michaela Tschuor ver-sprach nach einem kurzen Schlagabtausch zwischen Mit-te- und SP-Mitgliedern, die Vor-würfe rund um das WAS voll-ständig klären zu wollen. Die Vorwürfe, die Oberaufsicht mangelhaft ausgeübt und zu lange zugeschaut zu haben, wies sie zurück. Nach erstmals im Oktober 2024 aufgetauchten Unstimmigkeiten im WAS-Ver-waltungsrat habe sie sofort

einen runden Tisch einberufen. Dabei habe das Gremium glaub-haft eine Reorganisation in Aus-sicht gestellt. Sie räumte ein, die kurz danach erfolgte Wieder-wahl des strategischen Lei-tungsorgans des WAS sei «aus heutiger Sicht schwer verständ-lich». Gleichzeitig betonte sie, es habe damals keine Gründe gegeben, die gegen eine Bestä-tigung gesprochen hätten.

Die weiteren Massnahmen wie die Bestellung eines Be-richts bei der Finanzkontrolle und eine externe Untersuchung seien zeitnah nach Vorwürfen eingeleitet worden: «Der Regie-rungsrat ist nicht fehlerfrei. Aber immer dann, wenn etwas Belastbares vorlag, haben wir gehandelt.» Ob die bestehen-den Oberaufsichtsregeln rei-chen, werde die externe Unter-suchung zeigen. Diese Ergeb-nisse würden im Sommer vorliegen. Den Wirkungsbericht zum WAS kündigte sie auf An-fang 2027 an.

Offen sei der Zeitablauf bei der von der Aufsichts- und Kont-rollkommission gegen Guido Graf eingereichten Strafanzeige. Bei dieser geht es um den Ver-dacht auf Amtsmissbrauch bei der Gründung der WAS Immo-bilien AG im Jahr 2019.

ANZEIGE



viva luzern

Alterswohnungen mit Services.

Im Haus Bernarda im Dreilindenquartier entstehen neu 18 2.5-Zimmer- und eine 3.5-Zimmer-Wohnung zur Miete – mit ergänzenden Services nach Bedarf.

Jetzt bewerben: